

Tagesordnung I Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 15. November 2007

Antrags-Nr. 07-F-25-0099

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Vorbemerkung:

„Alt sein“ bzw. „Alt werden“ gewinnt durch den demografischen Wandel auch in Wiesbaden eine größere Bedeutung. Die Infrastruktur in Wiesbaden ist daher zukünftig stärker dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen anzupassen. Umfragen belegen, dass selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden, auch bei Pflegebedürftigkeit, von immer mehr älteren Menschen gewünscht wird. Durch den Ausbau von vernetzten, wohnortnahen und ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten kann diesen Wünschen Rechnung getragen werden.

Neben der Stabilisierung und dem Ausbau ambulanter Angebote wird weiterhin - insbesondere für hochbetagte und kranke ältere Menschen - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeangeboten notwendig sein. Ansprüche und Anforderungen an Angebote der stationären Altenpflege haben sich jedoch in den letzten Jahren sehr verändert. Kommunale Altenhilfepolitik muss sich diesen Veränderungen stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern in der ambulanten und stationären Altenhilfe eine mit den Trägern abgestimmte neue Gesamtkonzeption für Wiesbaden vorzulegen. In die Beratungen sind der Seniorenbeirat, der AK der Behindertenorganisationen und die im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen einzubeziehen. Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2008 vorzulegen.

Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.09.2007

Vorbemerkung:

So wie die Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft sind, so sind die Älteren, Alten und Pflegebedürftigen, unsere Eltern, Großeltern und Urgroßeltern - die, die uns zu dem gemacht haben, was wir heute sind - unsere Vergangenheit und Gegenwart. Hier ist es keine Frage der Haushaltslage, sondern eine Verpflichtung, eine angemessene, würdige Pflege zu gewährleisten.

Es wird daher die Ergänzung folgender Punkte beantragt:

Nach Absatz 2 der Vorbemerkung:

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich ausdrücklich zum städtischen Engagement in der stationären Altenpflege.

Ergänzender Beschlussvorschlag:

In einem ersten Spiegelstrich heißt es neu:

Der Magistrat wird beauftragt, die derzeitige Lage sowie den zukünftigen Bedarf in der Altenpflege in Wiesbaden darzustellen. Ausgangspunkt ist hierbei die aktuelle Situation in Wiesbaden, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bedarfe. Speziell bezogen auf das städtische Engagement ist darzustellen, welche finanziellen Mittel (laufender Betrieb, Investitionen) aufzuwenden sind, um das städtische Engagement in erforderlichem Umfang und Qualität aufrecht zu erhalten bzw. fortzuentwickeln.

In einem zweiten Spiegelstrich findet sich der ursprüngliche Antragstext.

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 15.11.2007

Im 2. Absatz der Vorbemerkung wird im 1. Satz nach den Worten „an stationären Wohn- und Pflegeangeboten“ die Worte „auch in kommunaler Verantwortung“ eingefügt.

Beschluss Nr. 0551

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 betr.

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

wird in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Stadtverordnetenfraktion und der Ergänzung in der Vorbemerkung der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen:

Vorbemerkung:

„Alt sein“ bzw. „Alt werden“ gewinnt durch den demografischen Wandel auch in Wiesbaden eine größere Bedeutung. Die Infrastruktur in Wiesbaden ist daher zukünftig stärker dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen anzupassen. Umfragen belegen, dass selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden, auch bei Pflegebedürftigkeit, von immer mehr älteren Menschen gewünscht wird. Durch den Ausbau von vernetzten, wohnortnahen und ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten kann diesen Wünschen Rechnung getragen werden.

Neben der Stabilisierung und dem Ausbau ambulanter Angebote wird weiterhin - insbesondere für hochbetagte und kranke ältere Menschen - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeangeboten auch in kommunaler Verantwortung notwendig sein. Ansprüche und Anforderungen an Angebote der stationären Altenpflege haben sich jedoch in den letzten Jahren sehr verändert. Kommunale Altenhilfepolitik muss sich diesen Veränderungen stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich ausdrücklich zum städtischen Engagement in der stationären Altenpflege.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- Der Magistrat wird beauftragt, die derzeitige Lage sowie den zukünftigen Bedarf in der Altenpflege in Wiesbaden darzustellen. Ausgangspunkt ist hierbei die aktuelle Situation in Wiesbaden, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Bedarfe. Speziell bezogen auf das städtische Engagement ist darzustellen, welche finanziellen Mittel (laufender Betrieb, Investitionen) aufzuwenden sind, um das städtische Engagement in erforderlichem Umfang und Qualität aufrecht zu erhalten bzw. fortzuentwickeln.
- Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern in der ambulanten und stationären Altenhilfe eine mit den Trägern abgestimmte neue Gesamtkonzeption für Wiesbaden vorzulegen. In die Beratungen sind der Seniorenbeirat, der AK der Behindertenorganisationen und die im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen einzubeziehen.
Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2008 vorzulegen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .11.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister